

## **Kommunale und politische Kämpfe im proletarischen Berlin der Jahre 1929-1933\***

Wie Eric Hobsbawm beschreibt<sup>1</sup>, versuchten die herrschenden Klassen Europas besonders nach den Revolutionen von 1848 Aufständen durch städtebauliche Maßnahmen vorzubeugen; so etwa durch Abriss von Unterschichtenvierteln oder das Anlegen von breiten Avenuen. Um die gesellschaftlichen Antagonismen zu befrieden ging man v.a. in Deutschland noch einen anderen Weg, indem man beim Aufbau der Häuser selbst ansetzte. So hatten durch die spezielle Anordnung der Wohnungen in den dort typischen Mietskasernen<sup>2</sup> Berlin und die meisten anderen deutschen Großstädte weniger Slums und Armenviertel als die Großstädte anderer Länder vorzuweisen. So z.B. England, wo praktisch jede größere Stadt ihr Armenviertel hatte, wie Engels 1845 berichtete.<sup>3</sup>

In diesem Beitrag soll anhand einiger Beispiele über städtische Kämpfe in Berlin in den Jahren 1929-1933 berichtet werden, die zeigen, in welchem Ausmaß und in welchen Formen die damalige Großstadt Kampffeld der Arbeiterbewegung war. Es versteht sich von selbst, dass hier nur einige Aspekte kommunaler und politischer Auseinandersetzungen herausgegriffen werden können.

### **Entstehung von Groß-Berlin**

Industrialisierung und Urbanisierung führten auch in Berlin und den umliegenden Gemeinden besonders ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem sprunghaften Anstieg der Bevölkerung. Während bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts v.a. noch die Errichtung von zahlreichen Handwerksbetrieben und Manufakturen in der Umgebung von Berlin erfolgte, begann mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auch der Bau von Industrieanlagen. Berlin entwickelte sich zu einer Industriemetropole von Weltrang, die zahlreiche Arbeitssuchende aus ländlichen Regionen anzog. Von 1861 bis 1910 stieg so die Zahl der Bewohner auf dem Gebiet des späteren Groß-Berlin um mehr als das sechsfache auf 3,7 Millionen. Durch Eingemeindung zahlreicher Vororte wurde zum 1. Oktober 1920

---

\* Vortrag bei der Marxistischen Studienwoche 2015 in Frankfurt/M. Zu den Quellen im Einzelnen siehe: Oliver Reschke, Kampf um den Kiez. Der Aufstieg der NSDAP im Zentrum Berlins 1925-1933, Berlin 2014. Nur Angaben, die anderen Quellen entnommen wurden, werden hier gesondert nachgewiesen.

<sup>1</sup> Eric Hobsbawm, Großstädte und Aufstände, in: Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1977, S. 330ff.

<sup>2</sup> Der Begriff „Mietskasernen“ wurde ab den 1860er Jahren von Wohnungsreformern verwendet, um ihre Ablehnung des Massenwohnungsbaus auszudrücken.

<sup>3</sup> Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW 2, S. 259.

schließlich „Groß-Berlin“ mit insgesamt 20 Verwaltungsbezirken gebildet. Innerhalb Deutschlands war Berlin mit nun über vier Millionen Einwohnern neben Hamburg mit über einer Million Einwohnern die zweite deutsche Millionenstadt. Beide Großstädte waren mehrheitlich protestantisch und hatten neben einem ähnlich hohen Anteil von Angestellten und Beamten einen hohen Anteil an Arbeiterschaft – Berlin 41 Prozent, Hamburg 44,7 Prozent. Dementsprechend galten beide Städte als Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung. So hatte Anfang der 1930er Jahre die SPD in Hamburg 50 bis 60.000, die KPD etwa 10.000 Mitglieder, in Berlin die SPD 78.000 und die KPD 30.000 Mitglieder.

Während Berlin damals der Einwohnerzahl nach hinter London und New York die weltweit drittgrößte Stadt war, lag es in einer anderen Beziehung ganz vorne: Wegen seiner speziellen engen Blockbauweise galt es als größte Mietskasernenstadt der Welt und hatte die höchste Bevölkerungsdichte vorzuweisen. Drei stadtplanerische Regulative waren maßgeblich für die Ausgestaltung des Wohnungsneubaus auf dem Gebiet des späteren Groß-Berlins in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen. Der Bebauungsplan von James Hobrecht aus dem Jahre 1862 und die beiden Baupolizeiordnungen der Jahre 1853 und 1887. Hobrechts Vorgaben beschränkten sich im Wesentlichen auf eine klare Rasterung in Gebäudeblöcke sowie anzulegende Straßen und Eisenbahninfrastruktur; die Bauvorschriften betrafen lediglich die maximale Traufhöhe (21-22 m) und eine feuerwehrgerechte Mindestgröße der Innenhöfe.

Da diese Instrumente höchstens peripher auf Mindeststandards der Wohnqualität abzielten, entwickelte sich der liberalistische Immobilienmarkt fast ausschließlich nach rein ökonomischen Gesichtspunkten, indem auf Profitmaximierung spekuliert wurde. Für die Investoren versprach eine möglichst dichte Bebauung die höchste Rendite, denn auch für dunkle Hinterhauswohnungen fanden sich aufgrund der Zuzugsdynamik Arbeiterfamilien als Mieter. Die vorhandenen Flächen wurden so weit als möglich zugebaut. Um den Baugrund möglichst effizient zu verwerten, setzten sich die maximal zulässige Anzahl von fünf Stockwerken sowie das Muster der durchgängigen Blockrandbebauung durch, die im Inneren durch Quer- und Hintergebäude auf bis zu sieben Höfen verdichtet wurde. Dunkle Hinterhöfe, schlechte sanitäre Anlagen und vor allem eine hoffnungslose Überbelegung hatten entsprechend katastrophale Wohnverhältnisse zur Folge. Ein Großteil der Unterkünfte verfügte nicht über ein eigenes WC und nur über ein beheizbares Zimmer oder gar nur eine Wohnküche. Auch bei kinderreichen Familien musste der spärliche Platz oft noch mit Schlafburschen geteilt werden, die für einige Stunden täglich ein Bett mieteten. Hinzu kamen die zahlreichen Kleingewerbebetriebe mitten in den Wohngegenden, die für zusätzlichen Lärm, für Schmutz und schlechte Luftqualität sorgten.

Doch durch die typische bauliche Gliederung des Berliner Mietshauses war eine gewisse soziale Durchmischung in einer Wohneinheit gegeben. Neben den billigen Quartieren in den Hinterhäusern und Seitenflügeln enthielten die Vorder-

häuser auch respektable Wohnungen, die auf großbürgerliche Haushalte mit Dienstpersonal ausgerichtet waren. In den Anfangsjahren des Berliner Mietsbaus hatte man sich von dieser Aufteilung ein Zusammenleben von Gutsituierteren im Vorderhaus und einfachen Leuten in den Seitenflügeln und Hinterhäusern erhofft, um eine Befriedung und Harmonie der Klassen zu fördern. Angesichts des Elends in den Hinterhäusern – Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre kam noch die Arbeitslosigkeit hinzu – dürfte jedoch eher das Gegenteil der Fall gewesen sein. Die Mietskaserne als Instrument der sozialen Durchmischung scheiterte darüber hinaus am Segregationsbedürfnis der bürgerlichen Schichten, die sich in den westlichen Stadtteilen und Villenvororten ansiedelten. Wobei bisher allerdings nicht belegt ist, dass die Industriestadt Ende des 19. Jahrhunderts fragmentierter war als die heutige neoliberale Stadt.

Allgemein kann zu den typischen Berliner Altbauvierteln also gesagt werden: Auch wenn die Hinterhöfe und Nebenstraßen von proletarischen Schichten dominiert wurden, waren die Berliner Kieze eher Wohnquartiere der „kleinen Leute“ mit hohem Arbeiteranteil und keine homogenen klassischen Arbeiterviertel wie etwa die Zechensiedlungen im Ruhrrevier. Arbeiter, miserabel bezahlte Angestellte, kleine Beamte und Händler wohnten hier oft eng beieinander. „Analog zu den Wohnbedingungen – mit mittleren und kleinen, Vorder- und Hinterhauswohnungen – fanden sich in den Berliner Arbeitervierteln Abstufungen hinsichtlich sozialem Staus und politischer Orientierung. Ganz überwiegend waren diese jedoch prekär und links.“<sup>4</sup>

## Das „rote Berlin“

Der Begriff das „rote Berlin“ ist bekanntlich auf die starke Arbeiterbewegung Berlins zurückzuführen. Die Arbeiterbezirke befanden sich vornehmlich im Norden und Osten der Stadt. Bereits im Kaiserreich bildeten sich die typischen sozialistischen Milieus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Arbeiterbezirken Berlins heraus. Berlin galt aufgrund starker Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und sensationeller Wahlergebnisse der Arbeiterparteien gar als „Welthauptstadt“ der sozialistischen Arbeiterbewegung, doch konnte es nie wie etwa das „rote Wien“ seine Möglichkeiten voll ausschöpfen. Dies hängt u.a. mit der besonderen Situation der Arbeiterbewegung in Berlin zusammen, die – so vielseitig und vielschichtig die Arbeiterbewegung und -kultur in Berlin auch war – doch in erster Linie von den beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD dominiert und geprägt wurde.

Wenn beide Parteien einzeln betrachtet werden, muss als erstes die SPD genannt werden. Sie verfügte im Jahre 1932 in Berlin über 90.000 Mitglieder und wies einen hohen Organisationsgrad auf. Generell kann gesagt werden, dass die Sozialdemokraten in den „besseren“ Wohngebieten der Arbeiterbezirke dominierten. Durch zahlreiche Vorfeldorganisationen war die Sozialde-

---

<sup>4</sup> Simon Lengemann, Mieter, Hausbesitzer und Wohlfahrtsamt. Berliner Arbeiterviertel in der Großen Depression 1929-1933, Masterarbeit Humboldt-Universität zu Berlin 2014, S. 13.

mokratie in der Arbeiterbevölkerung Berlins fest verankert. Sie drückte, aufgrund der 1918/19 erkämpften Mitwirkungsrechte, der Stadt aber v.a. durch ihre reformpolitischen Projekte den Stempel auf. In den Bezirksversammlungen der Arbeiterbezirke versuchte die SPD, aus deren Reihen dort fast durchgängig die Bürgermeister gestellt wurden, ihre Reformpolitik auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Man denke etwa an die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstandenen Neubaugebiete, aber auch generell an die vielen sozial-, gesundheits- und bildungspolitischen Verbesserungen.

Zwar verfügte die SPD über die festere Organisation, doch stand sie der KPD in Aktivität und Radikalität nach. Besonders auf den jungen und arbeitslosen Teil der Arbeiterschaft übte die aktivistisch auftretende KPD eine stärkere Anziehungskraft aus. Im Zuge der Radikalisierung während der sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise gelang es der KPD bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930, die SPD als stärkste Partei in der Stadt abzulösen. In der Endphase der Weimarer Republik entwickelte sie sich zur „führenden linken Milieupartei“<sup>5</sup> in Berlin. Im Jahre 1932 hatte die KPD in Berlin 30.700 Mitglieder. Die Domänen der Kommunisten in den Arbeiterbezirken waren die „einfacheren“ Wohngegenden. Dabei wurden besonders die Bezirke Wedding, Friedrichshain und Neukölln aber auch Prenzlauer Berg und der östliche Teil von Kreuzberg zu Hochburgen der KPD. Auch von den Kommunisten wurden breiteste Schichten der Arbeiterbevölkerung in ihren Massenorganisationen erfasst.

Wohl eine der verhängnisvollsten Entwicklungen in der Weimarer Republik war allerdings die Spaltung der Arbeiterbewegung in ein „reformistisches“ und ein „revolutionäres“ Lager. Diese Spaltung erfasste auch die Gewerkschaften und das gesamte Vereinswesen und trat nirgendwo anders im Reich so deutlich zutage wie in Berlin. Während sich die SPD für die Weimarer Republik und den Erhalt des Parlamentarismus einsetzte, stand die KPD der Weimarer Demokratie und dem bürgerlichen Parlamentarismus ablehnend gegenüber. Nach der so genannten „ultralinken Wende“ der KPD 1928 galten die als „Sozialfaschisten“ betitelten Sozialdemokraten getreu der verhängnisvollen „Sozialfaschismusthese“ für die Kommunisten als Hauptfeinde. Von den Sozialdemokraten wiederum wurde nach der Totalitarismustheorie rot gleich braun, Hakenkreuz gleich Sowjetstern gesetzt.

Zur politischen Spaltung der Arbeiterbewegung kam noch hinzu, dass die soziale Basis der Arbeiterparteien während der Weltwirtschaftskrise immer stärker auseinander fiel. Die SPD wurde zur Partei des besser gestellten Teils der Arbeiterschaft (sog. „Arbeiteraristokratie“). Die KPD wiederum öffnete sich ab 1929 den „untersten“ Schichten (sog. „Lumpenproletariat“) und stimmte ihre Politik bewusst auf die sozial am schlechtesten Gestellten ab (hier v. a. die „Mieterarbeit“).

---

5

So Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1998, S. 384, über die KPD in Neukölln.

Doch hatten Kommunisten und Sozialdemokraten nach wie vor viele Gemeinsamkeiten. „Oft teilten“ beide „eine gemeinsame Herkunft aus dem alten sozialistischen Milieu der Kriegs- und Vorkriegsära.“<sup>6</sup> Daher prägte Klaus-Michael Mallmann den Begriff eines „links-proletarischen Milieus“ in der Weimarer Republik, welches sich zwar in zwei Teilmilieus aufspaltete, dessen Gesamtzusammenhang aber erhalten blieb.<sup>7</sup> Der „Blutmai“ 1929 verursachte jedoch die endgültige politische Spaltung der Berliner Arbeiterbewegung.

## Formen des Klassenkampfes der Berliner Unterschicht

Im Folgenden wird der Klassenkampf des Berliner Proletariats am Ende der Weimarer Republik beispielhaft anhand von drei Ereignissen geschildert: Die Beispiele betreffen das Kräftemessen mit der Staatsgewalt („Blutmai“ 1929), den Kampf um soziale Verbesserungen (Mietestreik in „Meyer’s Hof“) und den Abwehrkampf gegen den aufkommenden Faschismus (Der Kampf um den Arkonaplatz-Kiez).

### „Blutmai“ 1929

In der Hochphase der Berliner Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik wurden die Straßen Berlins von den Arbeiterorganisationen beherrscht. Imposante Demonstrationen und Aufmärsche sowie Massenversammlungen in den größten Sälen Berlins gaben der Stadt das Gepräge. Doch während die Sozialdemokraten, stolz auf das schon Erreichte, zuweilen schon etwas träge wirkten, entwickelten die kommunistischen Organisationen eine rege Tätigkeit und erhoben explizit den Anspruch auf die Straße. Dabei beriefen sie sich auf eine alte sozialdemokratische Tradition aus dem Kaiserreich. So hatte der *Vorwärts* einst am 13. Januar 1908 verkündet: „... das Proletariat hat sich die Straße erobert ... und es wird sich dieses Recht nicht wieder nehmen lassen ...“. Die Polizei versuchte besonders seit einem Berlinweit erhobenen Demonstrationsverbot vom 13. Dezember 1928 zahlreiche Demonstrationspläne von Kommunisten zu verhindern. Die Kommunisten leisteten gegen die polizeilichen Maßnahmen teilweise erheblichen Widerstand. Die Situation eskalierte mehr und mehr. Immer häufiger wurde mit der Schusswaffe gegen kommunistische Demonstranten vorgegangen. Höhepunkt dieser Entwicklung waren die verhängnisvollen Geschehnisse des 1. Mai 1929 in Berlin – zehn Jahre nach der Revolution von 1918/19 und am Vorabend der Weltwirtschaftskrise.

<sup>6</sup> Klaus-Michael Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft (GG) 21 (1995), S. 13.

<sup>7</sup> Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996. Mallmann verortet dieses links-proletarische Milieu v.a. in den überbevölkerten, teilweise verslumten Altstädten oder den heruntergekommenen Mietskasernenvierteln der Gründerzeit. (S. 258) Es konnte, was gerade für Berlin wichtig ist, „als ein gleichmäßig eine Großstadt überziehendes Phänomen“ nicht nachgewiesen werden. (S. 386)

Trotz des öffentlichen Demonstrationsverbotes des Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel aus Furcht vor Ausschreitungen hatte die KPD ihre Anhänger zur traditionellen 1.-Mai-Feier aufgerufen. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorging, brachen in vielen Stadtteilen Straßenkämpfe aus, bei denen die Polizei exzessiv von der Schusswaffe Gebrauch machte. In Wedding und Neukölln wurden Barrikaden errichtet. Die Kämpfe dauerten bis zum 3. Mai 1929 an. Es gab 33 durch Polizeikugeln Getötete (darunter sieben Frauen), hauptsächlich unbeteiligte Anwohner und Passanten, und 198 Verletzte. Unter den Toten befand sich kein einziger, unter den Verletzten nur wenige Polizisten. Von diesen hatte auch nicht einer eine Schussverletzung erhalten, obwohl die Polizei behauptet hatte, von „Heckenschützen“ angegriffen worden zu sein. Über 1200 Personen wurden verhaftet. Diese drei Tage sollten als „Blutmai“ 1929 in die Geschichte eingehen. „Die Ereignisse (...) zeigten gnadenlos die gesellschaftliche Isolation der Kommunisten und die militärische Überlegenheit der Polizei. Die über das Stadtgebiet verteilten Demonstrationszüge konnten rasch zerschlagen werden. Ein Aufklärungsflugzeug mit Telefoneinrichtung kreiste über der Stadt, die Beamten setzten Pistolen, Karabiner und tragbare Scheinwerfer ein. Am Ende konnte die Berliner Polizei den Vorgang als gelungene Bürgerkriegsübung verbuchen, entsprechende Artikel lassen sich im Fachblatt *Die Polizei* nachlesen. Weil die Kommunisten allein standen, keine sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Bündnispartner hatten, legte die Polizei eine Hemmungslosigkeit an den Tag, die an das Vorgehen der Freikorps 1918/19 erinnert.“<sup>8</sup>

Zwar sollen die Kommunisten auch nach eigenen Angaben bewaffnet gewesen sein. Jedoch sprach man später hochachtungsvoll von „30 aktiven Kämpfern“, die die ganze Polizei in Schach gehalten hätten. Eine winzige Schar. Zwar hatte die kommunistische Führung eine Eskalation durch ihr Beharren auf dem Demonstrationsrecht in Kauf genommen, ein Umsturzversuch war dies aber dadurch noch lange nicht. Vielmehr handelte es sich bei diesem Ereignis um eine „eindeutige Aggression gegen die Berliner Arbeiterbewegung“.<sup>9</sup>

Als Konsequenz der Mai-Unruhen wurde am 3. Mai der Rote Frontkämpferbund (RFB) verboten, und bis zum Ende der Republik nicht mehr zugelassen, was zu einer empfindlichen Kräfteverschiebung auf der Straße zu Gunsten der Nationalsozialisten führen sollte. Der brutale Polizeieinsatz war unter politischer Verantwortung des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel erfolgt; für die Kommunisten der Anlass zum völligen Bruch mit der Sozialdemokratie. Auf dem „Weddinger Parteitag“ der KPD 1929 wurde dieser Bruch besiegelt. Mit der Schaffung kommunistischer Arbeitervereine und Gewerkschaften wurde der bis dahin noch recht einheitliche soziale und kulturelle Milieuzusammenhang aufgebrochen.

---

<sup>8</sup> Christian Saehrendt, Entfesselte Polizeigewalt am Vorabend der Weltwirtschaftskrise, 2009, <http://www.hagalil.com/archiv> (26.2.2015).

<sup>9</sup> Ebenda.

Nutznießler auch dieses erbitterten „Bruderkampfes“ waren wiederum die Nationalsozialisten.

Doch gab es nach wie vor noch positive Ansätze. Ohnehin hatten die Gegensätze zwischen KPD und SPD eher auf „oberer“ Ebene bestanden. Die einfachen Parteimitglieder gingen oft nicht so weit, dem anderen vorzuwerfen, nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft zu handeln. Es wurden auch Versuche unternommen, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Diese waren auf „unterer“ Ebene durchaus erfolgreich. Der Kampf auf der Straße gegen den gemeinsamen Klassenfeind löste vielfach die Grenzen zwischen beiden Lagern auf.

### Mieterstreik in „Meyer’s Hof“

„Die innerstädtischen Mietskasernenbezirke im Norden und Osten waren die assoziierten Orte, wenn Zeitgenossen vom ‚roten Berlin‘ sprachen. Die soziale Basis für diesen Ruf war ein hoher Anteil von Lohnabhängigen. (...) Angesichts ihres reichsweiten Rückstandes auf die Sozialdemokraten können die Mietskasernen (...) durchaus als ‚Hochburgen der KPD‘ bezeichnet werden.“<sup>10</sup> Und tatsächlich war die KPD die führende Kraft der Berliner Mieterstreikbewegung. Sie „rief nach einer langen Phase der Passivität in der außerparlamentarischen Mieterarbeit ab Mai 1930 zur Bildung von mietshaus- und straßenbasierten Mieterräten als alternative Organisationsform zu den zahllosen etablierten Mieterverbänden auf.“<sup>11</sup> Das Parteiorgan der KPD *Die Rote Fahne* berichtete ausführlich über die Streiks bzw. die katastrophalen Bedingungen in den jeweiligen Altbauten, die bestreikt wurden. Die SPD hingegen positionierte sich offensiv als Stütze des kommunalen Wohnungsbaus. Erst ab November 1932 bezog (...) die Parteiführung der SPD Stellung zur Streikbewegung. Sie unterstützte aber im Wesentlichen nur die Mietminderungsforderungen in den Neubaublöcken des von ihr geförderten sozialen Wohnungsbaus.<sup>12</sup>

Neben passiven Reaktionen auf die hohen Mieten wie Hungern oder Umzug in eine der in Berlin zahlreichen Laubenkolonien gab es gerade von seiten der für ihre Renitenz bekannten Berliner Arbeiterbevölkerung auch aktive Formen des Protests und der Selbsthilfe. Hier kamen im Wesentlichen zwei Kampfformen zur Anwendung: Zum einen Widerstand bei Zwangsräumungen – damals häufig auch Exmissionen genannt – und zum anderen Mieterstreiks. Für letzteres soll hier ein Beispiel angeführt werden.

---

<sup>10</sup> Lengemann, Mieter, S. 12.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 50/51.

<sup>12</sup> Mallmann bezeichnet die Wohnungsbaugenossenschaften als „Vorzeigeprojekte der Berliner SPD-Kommunalpolitik“. Mallmann, Kommunisten, S. 257. Allerdings wurden diese ab Mitte der 1920er Jahre im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstandenen Neubaugebiete mit komfortablen Wohnungen verstärkt von besser gestellten „reformistischen“ Arbeiterfunktionären bewohnt.

Ein Ereignis, das ein Schlaglicht auf die Verhältnisse am Ende der Weimarer Republik werfen sollte, spielte sich im nördlichen Weddingener Bereich der Ackerstraße im Gebäudekomplex Nr. 132/133 (steht nicht mehr bzw. Straßenfront überbaut) ab, den man nach dem Erbauer und Erstbesitzer „Meyer's Hof“ nannte. „Meyer's Hof“ war Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts über den Wedding hinaus dafür bekannt, unter welchen katastrophalen Bedingungen das Proletariat derzeit wohnen musste. Um die Jahreswende 1932/33 entschlossen sich die Mieter, die Verhältnisse nicht mehr länger hinzunehmen. Auf einer Versammlung am 29. Dezember 1932 beschlossen sie, ab dem 1. Januar 1933 in einen Mieterstreik zu treten. Hinter dem Beschluss hatten 227 von 230 Mietparteien gestanden. Nur die drei Nazis des Hauses hatten sich geweigert, den Beschluss mitzutragen. Es wurde eine Streikleitung aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gebildet.

Zu der Zeit gab es in Berlin bereits eine Mieterstreikbewegung, die mit dem Beschluss von 300 Mietparteien aus 14 Wohnhäusern in der Swinemünder Straße zwischen dem Arkonaplatz und der Zionskirchstraße begann, ab dem 12. August 1932 die Mietzahlungen zu verweigern. In Hunderten von Wohnhäusern wurden in den Folgemonaten Mieter-Versammlungen abgehalten und Kampfleitungen gewählt. Ende Oktober 1932 waren allein in der Gegend um den Stettiner Bahnhof 312 Häuser mit über 14 000 Mietern im Streik gewesen.

„Anfang 1933 hatte die Streikbewegung ihren Höhepunkt, doch mit der Machtübergabe an Adolf Hitler traten plötzlich ganz andere Verhältnisse in Kraft. Seitdem gab es auch keine Informationen zu Mietstreiks mehr. Vor dem Hintergrund des verzweifelten Versuchs, doch noch einen Generalstreik als letztes Mittel gegen den sich auf allen Ebenen und mit allen Mitteln durchsetzenden Faschismus zu organisieren, ist das zu verstehen. Man kann aber davon ausgehen, dass der Terror der Nazis überall die Weiterführung der Streiks verhindert hat.“<sup>13</sup>

Die offenen Konflikte mit den Mietern in den Arbeitervierteln leisteten einer Radikalisierung der lokalen Vermieter Vorschub. In Berlin hatte deshalb „eine völkisch-antisemitische Splittergruppe des Hausbesitzes“ ihre Hochburg.<sup>14</sup> Mitte März 1933 wurde in deren Blatt *Das Grundeigentum* das „Verbot der Mieterstreiks“ verkündet: Da unabhängig vom beteiligten Personenkreis seine Ziele als kommunistisch und staatsgefährdend anzusehen seien, „bietet die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat [also die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, OR] eine Handhabe.“ Im Streitfall solle man die Polizei rufen, dies „kostet den Hauseigentümer nichts und führt schneller zum Erfolg als der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung durch das Gericht.“ Inwiefern diese Bekanntmachung angesichts der Verfolgung von organisierten Arbeitern und Andersdenkenden im Allge-

<sup>13</sup> Aro Kuhrt, Eine Reise durch die Ackerstraße, 1997, [http://www.berlinstreet.de/ackerstraÙe](http://www.berlinstreet.de/ackerstra%C3%9Fe) (7.6.2012).

<sup>14</sup> Lengemann, Mieter, S. 22.

meinen noch relevant war, muss offen bleiben. Spätestens im März 1933 existierten keine rechtlichen Graubereiche für kollektive Selbsthilfe der Mieter mehr.<sup>15</sup>

## Der Kampf um den Arkonaplatz-Kiez

Bei der Etablierung des typischen Berliner Arbeitermilieus kam der Arbeiterkneipe – dem „proletarischen Wohnzimmer“ der männlichen Arbeiterbevölkerung<sup>16</sup> – als Versammlungs- und Kommunikationsort und somit Basis für alle sozialistischen Organisationsformen eine zentrale Bedeutung zu. Hier konnte sich die Gegenkultur der Arbeiter mit ihren zahlreichen Vereinen ungestört entwickeln. Die proletarische Kneipenkultur war der soziale Unterbau des politischen Lebens außerhalb des Betriebs und schuf überhaupt erst die Voraussetzungen für die Hochphase sozialistischer Organisationstätigkeit ab 1890. Tatsächlich kann belegt werden, dass dort, wo kein Wirt seine Kneipe für Agitationsveranstaltungen zur Verfügung stellte, die Bewegung auch nicht vorankam. In den Lokalen wurden zudem zahlreiche Angebote für die proletarische Alltagskultur bereitgehalten. So wurden Bekanntmachungen und Ankündigungen von politischen Versammlungen, aber auch geselligen Veranstaltungen der zahlreichen Arbeitervereine ausgehängt. Sozialistische Zeitungen wurden ausgelegt. An den Wänden hingen Bilder der Arbeiterführer. Die Kneipenwirte, oft auch Parteifunktionäre, erfüllten eine wichtige Vermittlerfunktion. Für sie bot sich die Möglichkeit, ihren Umsatz zu steigern, da ein stillschweigender Alkoholzwang bestand. So berichtete der in der Berliner Ackerstraße (Haus Nr. 6/7) aufgewachsene Schauspieler Erwin Geschonneck, Mitglied der KPD-Zelle Arkonaplatz, über die kommunistische Parteiarbeit: „Man konnte nach hinten in einen Saal gehen oder in ein Vereinszimmer, bestellte eine Lage Bier und, wenn es hoch kam, einen Schnaps und brauchte keine Miete zu zahlen.“<sup>17</sup>

In der Hochzeit der Berliner Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik überzog ein dichtes Netz v.a. kommunistischer Verkehrslokale das gesamte Stadtgebiet. Besonders in den Arbeiterbezirken Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Wedding, Neukölln und Mitte hatte die KPD viele Stützpunkte. In der gesamten Stadt verfügte die KPD über nicht weniger als 354 („offizielle“, d.h. polizeilich gemeldete) Verkehrslokale – die Gesamtzahl der von Kommunisten frequentierten Kneipen war noch um ein Vielfaches größer –, wobei über die Hälfte von diesen in den sechs Innenstadtbezirken (ehemals Alt-Berlin) gelegen waren. Zur schieren Menge der KPD-Lokale kommt noch hinzu, dass sie, im Gegensatz

<sup>15</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>16</sup> Hier zeigt sich ein entscheidendes Defizit der Arbeiterbewegung: Die männerbündische Gesellungsform v.a. der Kommunisten schloss den weiblichen Teil der Arbeiterbewegung weitestgehend aus. Aufgrund dieses Mankos kam es u.a. zu dem Widerspruch, dass die KPD zwar die radikalsten Gleichheitsforderungen vertrat, aber gleichzeitig das KPD-Wählerprofil das maskulinste aller Weimarer Parteien war.

<sup>17</sup> Zitiert nach: Daniel Siemens, Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, S. 19.

zum SA-Sturmlokal, das quasi eine Festung in Feindesland darstellte und fast nur von SA-Kreisen besucht wurde, integrierter Bestandteil der Nachbarschaft waren und allen Gästen der Umgebung offen standen. So waren die Kommunisten zweifellos fest und wesentlich besser als die Nationalsozialisten in das Berliner Arbeitermilieu eingebunden, da sie noch dem traditionellen linksproletarischen Sozialmilieu des Kaiserreiches entstammten.

Wie für die Kommunisten war auch für die Nationalsozialisten der so genannte „Kampf um die Straße“, also das Beherrschen der Straße als Ort der Kommunikation und der symbolischen Machtdemonstration, von zentraler Bedeutung. Doch während für die sozialistische Arbeiterbewegung die Straße als symbolischer Ausdruck für Stärke, Würde und Solidarität galt, ging es der SA in erster Linie um die Kontrolle der proletarischen Öffentlichkeit und die Beeinträchtigung oder gar Lahmlegung der Kommunikationsstrukturen der Linken. Während sich die NSDAP Anfang der 30er Jahre in den bürgerlichen Bezirken schon fest etabliert hatte, galten die traditionell roten Arbeiterbezirke Berlins für die NSDAP nach wie vor als feindliches Territorium, das es zu erobern galt. Hierbei waren feste Stützpunkte für die SA von zentraler Bedeutung.

Dabei gab es sogar Anknüpfungspunkte für die SA. Der *Propagandadienst* des RFB informierte in seiner Ausgabe von Januar 1929, wie ein RFB-Zuglokal auszusehen hatte: „Die Einrichtung müsse auf jeden ‚Indifferenten‘ einen guten Eindruck, zugleich aber auch jedem Proletarier sofort deutlich machen, dass sich hier der Rotfrontkämpferbund treffe. Das sollte erreicht werden mit Bildern von kommunistischen Aufmärschen, von Marx und Engels, Luxemburg und Liebknecht an den Wänden. Sogar die Einrichtung einer Lenin-Ecke im Vereinszimmer schlug die Führung des Rotfrontkämpferbundes vor.“<sup>18</sup> Man erkennt bei den später entstandenen SA-Sturmlokalen deutliche Parallelen – sie lehnten sich in ihrer Ausgestaltung an die Tradition der Verkehrslokale der Arbeiterbewegung an.

Zum Kampf der Nationalsozialisten um Berlin gehörten auch zunehmende Versuche ihrer Organisationen, Lokale der politischen Gegner zu übernehmen. Solche Versuche waren aber durchaus nicht immer erfolgreich. Dies kann am Kampf um das KPD-Lokal „Look“ gezeigt werden.

Durch Schreiben vom 20. Juni 1931 wurde die Berliner Politische Polizei, die permanent KPD- und SA-Lokale überwachte, vom örtlichen Polizeirevier davon in Kenntnis gesetzt, dass im Lokal „Look“, Schwedter Straße/Ecke Rheinsberger Straße, neuerdings Nazis verkehren würden. Mit Rücksicht auf das nahe gelegene KPD-Verkehrslokal „Raben“, Swinemünder Straße/Ecke Rheinsberger Straße, ein Agitationslokal der KPD und Sitzungslokal einer KPD-Straßenzelle wurde um Überwachung der beiden Lokale gebeten.

Darauf nahm die Politische Polizei eine Kontrolle des Lokals „Look“ vor und berichtete dem Berliner Polizeipräsidenten am 9. Juli 1931 über ihre Feststel-

---

<sup>18</sup> Zitiert nach: Siemens, Wessel, S. 19.

lungen. Demnach hatten überwiegend Personen „linksradikaler Kreise“ dort verkehrt, bis „in Kreisen der NSDAP der dortigen Gegend“ die Absicht aufkam, das fragliche Lokal für Zusammenkünfte zu nutzen. Eine diesbezügliche Rücksprache von NSDAP-Mitgliedern mit dem Gastwirt muss zur Kenntnis der Kommunisten gelangt sein. Denn am Tage nach dieser Verabredung „wurde das Äußere des Lokals von linksradikalen Elementen mit Farbe beschmiert und Fensterscheiben zertrümmert.“ Diese Aktion zeitigte ihre Wirkung: Der Wirt nahm von der geplanten Aufnahme der NSDAP-Angehörigen wieder Abstand und arrangierte für seine ehemaligen kommunistischen Gäste eine „Versöhnungsfeier“. Fortan fungierte sein Lokal sogar als offizielles Partei-Lokal der KPD. Eine weitere besondere Überwachung der Gegend war aus Sicht der Polizei wegen der nun geklärten Verhältnisse nicht mehr notwendig.

Jedoch sollte sich die Lage in dieser Gegend ein Jahr später – allerdings erst nach der Aufhebung des SA-Verbotes am 17. Juni 1932 und dem sog. „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 – doch noch ändern. Mit Datum vom 27. Juli 1932 wurde in den Akten der Schupo vermerkt, dass der Schankwirt Bruno Wienecke sein Schanklokal in der Swinemünder Straße, also in unmittelbarer Nähe zum KPD-Lokal „Raben“, Mitgliedern der NSDAP ab dem 12. Juli 1932 als Verkehrslokal zur Verfügung gestellt hatte.

Nochmals ein gutes halbes Jahr später sollte sich die Situation in dieser Gegend dann grundlegend umstellen. Wohl um seine Existenz als Gastwirt zu retten, nachdem durch die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 absehbar wurde, dass mit den Kommunisten demnächst „aufgeräumt“ werden würde, meldete der Schankwirt Max Raben am 27. Februar 1933 sein Lokal auf dem örtlichen Polizeirevier als Verkehrslokal der KPD ab. Er teilte gleichzeitig seine Absicht mit, sein Lokal am 28. Februar 1933 geschlossen zu halten, um es ab dem 1. März 1933 als unpolitisches Lokal wieder zu eröffnen. Am Abend des 28. wurde Raben jedoch vom Revier mitgeteilt, dass sein Lokal geschlossen bleiben müsste. Indem er sich von seinen früheren kommunistischen Gästen distanzierte, wandte er sich daraufhin in einem Schreiben an die Politische Polizei mit der Bitte, die Wiedereröffnung seines Lokals doch noch zu gestatten. Nach Prüfung des Sachverhaltes wurde jedoch entschieden, das Lokal geschlossen zu halten, da Bedenken bestehen würden, dass das Lokal nach Wiedereröffnung sofort wieder von KPD-Sympathisanten genutzt werden würde, wodurch erneut „politische Zusammenstöße auf der Straße unvermeidlich wären.“

Im internen Bericht vom 15. März 1933 hieß es wörtlich: „Das Lokal von Raben (...) war seit 1926 Verkehrslokal der KPD. Bis zur Eröffnung (...) des schräg gegenüber (...) liegenden Verkehrslokals der NSDAP ist es zu politischen Zwischenfällen nicht gekommen. Seit dem Bestehen des NSDAP-Verkehrslokals haben sich aber wiederholt politische Zusammenstöße und Überfälle ereignet.“ Mit anderen Worten: Die eskalierenden Auseinandersetzungen waren erst durch die Nationalsozialisten in diese Gegend getragen worden!